

Landtagswahl 2021: Drei Fragen an Robert Binder, Landtagskandidat der Partei „Die Linke“ für den Main-Tauber-Kreis

Erhalt der Gesundheitsversorgung

Bei der Landtagswahl am 14. März stehen zwölf Kandidaten zur Wahl. Die FN haben ihnen drei Fragen gestellt. Für die Partei „Die Linke“ antwortete Robert Binder.

Main-Tauber-Kreis. Als Landtagskandidat der Partei Die Linke beantwortet Robert die drei Fragen wie folgt.

Welchem Ihrer politischen Ziele würden Sie als gewählter Abgeordneter des Main-Tauber-Kreises im Landtag oberste Priorität einräumen und welche benennen Sie auf den Plätzen zwei und drei?

Robert Binder: Die aktuelle Situation zeigt uns auf, dass unser Gesundheitssystem an seine Grenzen stößt. Zusätzliche Privatisierung und sogar Schließungen von Krankenhäusern sind trotzdem von der Landesregierung geplant. Dies gilt es zu verhindern. Daher ist mein oberstes Ziel der Erhalt und Ausbau der vorhandenen Gesundheitsversorgung im Main-Tauber-Kreis und ganz Baden-Württemberg. Hierbei müssen neben Krankenhäusern auch die klei-

nen Arztpraxen auf dem Land gestärkt werden, damit eine optimale Versorgung jedes einzelnen Bürgers sichergestellt ist.

Auch in der Bildung besteht dringender Nachholbedarf. Viele Eltern spüren gerade am eigenen Leib, was es bedeutet, seine Kinder beim Homeschooling zu unterstützen. Lehrkräfte müssen geschult werden und den Schülerinnen und Schülern moderne Technik zur Verfügung gestellt werden. Wir können es uns nicht leisten, die Digitalisierung noch weiter vor uns herzuschieben und die Kosten dadurch noch weiter in die Höhe zu treiben. Da aber auch wieder Normalität zurückkehren wird und die Schüler wieder in den Schulen am Präsenzunterricht teilnehmen werden, muss auch die Verkehrsanbindung sicher gestellt werden. Das gilt nicht nur für Schülerinnen und Schüler. Klimafreundliche Fortbewegung bedeutet für mich, den ÖPNV auszubauen und Anreize für die Nutzung zu schaffen, zum Beispiel durch ein 365-Euro-Ticket.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie sind noch nicht absehbar. Was befürchten Sie für die Wirtschaft, den Einzelhandel, die Gastronomie und den Tourismus im Main-Tauber-Kreis und welche Maßnahmen können zur Abfederung beitragen?

Binder: Die Pandemie hat uns alle vor bisher noch nicht erahnte Probleme gestellt. Nun liegt es an, uns kreative Möglichkeiten zu suchen, um die Krise als Chance zu begreifen. Hier kann die Politik meist nur unterstützend wirken und nicht alle wirtschaftlichen Folgen abfedern. Mit Kurzarbeitergeld und Corona-hilfen kann zwar kurzfristig Unterstützung gegeben werden, alles wird sich aber nicht abdecken lassen. Wichtig ist, dass die Hilfen schnell die Betroffenen erreichen. Unnötige Verzögerungen können beim Einzelnen existenzbedrohend sein.

Gastronomen, Einzelhändler, Industriebetriebe und Dienstleister aller Art müssen sich zusätzlich neue Konzepte für ihren Geschäftserfolg



Kleine Arztpraxen auf dem Land gilt es laut Robert Binder von der Partei „Die Linke“ zu stärken und weitere Schließungen von Krankenhäusern zu verhindern.

BILD: JOHAN WINGBORG/DPA

erarbeiten. Neue Vertriebs- und Lieferstrukturen, die verstärkte Nutzung von regionalen Ressourcen oder die Erschließung neuer Geschäftsfelder können Lösungen enthalten. Der Landtag muss hier den kleineren Unternehmen mit Exper-



ten konzeptionell helfen, sie fördern und entsprechende Rahmenbedingungen schaffen.

Was den Tourismus speziell im Main-Tauber-Kreis betrifft könnte sogar ein Zuwachs von innerdeutschem Landschaftstourismus entstehen. Nicht nur darum ist es wichtig, unsere Natur zu schützen und uns gleichzeitig auf neue Formen von Reisen, Kulinarik und Landwirtschaft einzustellen.

Die finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie werden sich in allen Haushalten vom Bund über das Land bis zu den Kommunen niederschlagen. Wie stellen Sie sich den Umgang mit der exorbitanten Verschuldung vor? Wo kann gespart, wie finanziert werden?

Binder: Um solidarisch aus der Krise zu kommen, müssen zusätzliche Mittel in die Hand genommen werden, die zumindest teilweise vorfinanziert werden. Dies ist zwingend notwendig, um durch die Krise nicht den Anschluss in Digitalisierung, Umweltschutz und Bildung zu verlieren und noch weiteren Nachholbedarf zu schaffen.

Die Linke fordert eine Unterstützung schwächerer Kommunen und Kreise durch die Landesregierung. Was die Finanzierung der zu bewältigenden Maßnahmen angeht, müs-

sen zwingend neue Wege gegangen werden. Auch in Baden-Württemberg geht die Schere zwischen Wohlstand und Armut immer weiter auseinander. Spitzensteuersätze müssen hier, sowohl bei besser Verdienenden als auch bei Großunternehmen, angehoben werden. Besonders vermögende Firmen dürfen sich dabei nicht in Steuerschlupflöcher flüchten und sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gegenüber allen Bürgern entziehen.

Nachhaltige Strukturen müssen geschaffen werden, um Kosten, die durch Umwelt- und Gesundheitsbelastungen entstehen, zu vermeiden oder zumindest zu verringern. Leerstände von zum Beispiel Gewerbeflächen könnten kostengünstig umgebaut werden, um Sozialwohnungen zu schaffen oder eine andere Nutzung zu erreichen, ohne teure Neubauten und Erschließungen zu bewerkstelligen.



Robert Binder kandidiert für die Partei Die Linke bei der Landtagswahl. BILD: DIE LINKE